

MONTAG, 27. JUNI 2016  
POLITIK

## Das britische Abenteuer

Von Jochen Buchsteiner

Es muss der EU zu denken geben, dass eine im Kern rationale Nation gegen sie stimmt.

Es fällt schwer, dem „Brexit“ etwas abzugewinnen. Er ließ zwar nicht, wie vielfach befürchtet, die Finanzmärkte zusammenbrechen, zumindest nicht am Tag der Ergebnisverkündung; aber wenige bestreiten, dass der Ausstieg aus der EU die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs mittelfristig zurückwerfen wird. Politisch ist schon jetzt erheblicher Schaden entstanden. Die linksnationalistischen Populisten in Edinburgh nutzen den Moment, um ein neues Unabhängigkeitsreferendum für Schottland in Gang zu setzen. Die in London regierenden Tories stehen, nur ein Jahr nach ihrem furiosen Wahlsieg, mit einem Premierminister auf Abruf da und wirken handlungsunfähig. Dass auch die Labour Party in eine Führungskrise gerutscht ist, fällt da kaum noch ins Gewicht. Das Referendum über den Verbleib in der EU, so viel lässt sich wenige Tage danach festhalten, führt zu wirtschaftlicher Verunsicherung, nationalen Spaltungstendenzen und politischem Chaos.

Ein Großteil der Folgen war absehbar, weshalb so viele fragen, was nur in dieses ansonsten so vernunftbegabte Volk gefahren sei. Die einfachste Erklärung stammt von den Verlierern. Sie stellen die 52 Prozent, die ihr Kreuz bei „Leave“ gemacht haben, als Opfer einer Lügenkampagne dar. Verfangen habe das falsche Versprechen, dass ein Abschied von Brüssel die Masseneinwanderung senke, die sozialen Prioritäten neu austariere und das Land in die vermeintlich goldene Vergangenheit zurückführe.

Niemand bezweifelt, dass das Ausstiegslager auch mit fragwürdigen Argumenten geworben hat, aber den gleichen Vorwurf müssen sich die „Remainers“ gefallen lassen. Die Ursachen für den Brexit liegen tiefer, und die Nachdenklichen unter den Verlierern erkennen dies auch an. Die Neigung, Brüssel als Prügelknaben für alle möglichen Unzufriedenheiten zu nutzen, wurde geschürt, nicht nur durch Boulevardblätter, auch von Politikern. Aber das grundlegende Unbehagen an der EU, an ihren undurchsichtigen Strukturen, ihrem Paternalismus und ihrer schwachen Leistungsbilanz, ist real. Alle, die das Realitätsferne und Hermetische am Brüsseler System beklagen, fanden sich aufs trefflichste bestätigt, als Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, am Morgen nach dem Referendum im Radioprogramm der BBC sagte: „Dies ist keine Krise für die EU.“

Natürlich war „Brüssel“ für viele Wähler eine Chiffre. Es stand für eine, wie es oft heißt, „abgehobene Elite technokratischer Politiker“, von der sich vor allem jene im Stich gelassen fühlen, die in den tristen Kleinstädten Englands leben. „Take back control!“, der Schlachtruf des Brexit-Lagers, weckte bei ihnen die Hoffnung, dass sie die Kontrolle über ihre sozial und kulturell vielfach aus den Fugen geratenen Lebensverhältnisse zurückerhalten. Tatsächlich wird die Kontrolle nun erst mal in Westminster landen, das vielen, die für den Brexit gestimmt haben, gleichermaßen volksfern vorkommt. Der Unterschied ist: Die in Westminster kann man abwählen.

Die Prinzipien der „Accountability“ – der Rechenschaftspflicht der Regierenden – und der „Sovereignty“ – der staatlichen Machtausübung ohne Einmischung von außen – sind im Vereinigten Königreich verwurzelter als in den meisten anderen Ländern Europas. Sie sind den Briten sogar so teuer, dass sie bereit sind, dafür wirtschaftliche Nachteile in Kauf

zu nehmen. Das ist kein unsympathischer Zug, und er erklärt zum Teil, warum die Verlierer des Referendums den Gewinnern einen gewissen Respekt zollen. Es ist ja durchaus bemerkenswert, dass nach einem so heftig geführten Wahlkampf über eine derart elementare Frage und nach einem durchaus knappen Ergebnis keine Unruhen entstanden sind und die Unterlegenen das demokratische Mandat ohne größeres Murren akzeptieren.

Bei allen neuen Problemen, die die Lösung des alten hervorgerufen hat, wird sich Britannien auch wieder fangen. Nigel Farage, der Führer der populistischen Unabhängigkeitspartei Ukip, hatte seinen Auftritt, aber seine muffige Vision eines latent xenophoben „Little England“ wird das Königreich post Brexit nicht prägen. Die konservativen Politiker, die Britannien aus der EU geführt haben und vermutlich spätestens im Herbst die Regierung übernehmen werden, haben andere Pläne mit dem Land, auch wenn nicht klar ist, welche. Als Boris Johnson und Michael Gove nach dem Referendum vor die Presse traten, versicherten sie jedenfalls eines: dass Großbritannien weit offen bleiben werde, liberal und, ja, auch europäisch.

Nach mehr als vierzig Jahren Mitgliedschaft im europäischen Club, die sie als zunehmend frustrierend empfunden haben, wagen die Briten ein Experiment, das womöglich moderner ist, als viele wahrhaben wollen. Sie vertrauen wieder auf die Kraft ihrer Nation, ohne sich dem globalen Handel und der internationalen Verantwortung entziehen zu wollen. Das Vorbild ist Kanada oder Australien, nicht Nordkorea. Ob dieses Projekt gelingt, weiß niemand, aber dass die Mehrheit dieser welterfahrenen, im Kern rationalen Nation das Abenteuer eingehen will, muss der Europäischen Union zu denken geben.